



## Entlastungspaket

# Unterstützung in der Krise

Es wurden viele Maßnahmen zur Entlastung der Bürger von der Bundesregierung getroffen. In aller Munde sind schon das 9-€-Ticket, der Tankrabatt, Energiepreispauschalen und Kinderboni.

Durch die außerordentlich gestiegenen Kosten für Energie, Lebensmittel und die immer weiter steigende Inflation war eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger geboten. Es gibt zwei Entlastungspakete der Bundesregierung, die am 20. Mai 2022 auch vom Bundesrat gebilligt wurden.



### Beschlossen wurde:

- **Kindersofortzuschlag** ab 1. Juli 22 von 20 € monatlich für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Haushalt der Eltern, sofern diese Ansprüche auf Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Sozialgesetzbuch, dem Asylbewerberleistungsgesetz oder ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt haben oder für die Kinderzuschlag bezogen wird. Der Sofortzuschlag wird ohne Antrag automatisch bis zur Einführung der Kindergrundsicherung ausgezahlt.
- **Sofortzuschlag** für Empfänger von Arbeitslosengeld. Diese erhalten eine Einmalzahlung von 100 €.
- **Einmalzahlung** von 200 € für Sozialleistungsempfänger, der im Juli 2022 ausgezahlt wird.
- **Heizkostenzuschuss** von 270 € für alleinlebende Wohngeldberechtigte, 350 € für einen Zwei-Personen-Haushalt und für jedes weitere Haushaltsmitglied kommen zusätzlich 70 € dazu. Studierende, Schüler\*innen und Auszubildende mit unterstützenden Leistungen erhalten 230 €.
- Von 1. Juni bis 31. August 2022 gibt es **vergünstigte Tickets** für den ÖPNV für alle Bürger\*innen für 9 €/Monat.
- **Energiepreispauschale** von 300 € für alle einkommensteuerpflichtigen Beschäftigten. Diese Pauschale wird unabhängig von geltenden steuerlichen Regelungen gewährt. Diese wird über den Arbeitgeber am 1. September 2022 ausgezahlt.
- Senkung der **Energiesteuer** auf Kraftstoffe für drei Monate.
- Vorzeitige Absenkung der **EEG-Umlage** ab 01. Juli 2022 auf null cent/kWh. Die Stromanbieter müssen die Absenkung in vollem Umfang an die Endverbraucher\*innen weitergeben.
- **Weniger Lohnsteuer** durch Erhöhung der Werbungskostenpauschale um 200 € und der Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags.
- Die **Entfernungspauschale** für Fernpendler wird angehoben.

Auch wenn die bisherigen Entlastungen in die richtige Richtung gehen, reichen die beschlossenen Hilfen noch nicht aus um spürbare Entlastung auch für Rentner\*innen, Studierende und Erwerbslose zu schaffen.

Die IG Metall fordert deshalb den Gaspreis zu deckeln, Übergewinne zu besteuern um Krisengewinnler und Spekulanten zu bremsen und die sozial Schwachen nicht zu vergessen.

Dafür könnt ihr euch auch an der Unterschriftenaktion der IG Metall beteiligen, unter:

<https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/gemeinsam-mit-der-ig-metall-fuer-entlastungen-kaempfen>